

Vierteljährlicher Abonnementspreis  
für Halle und unsere unmittelbaren  
Abnehmer: 25 Sgr. Durch die resp.  
Post-Anstalten überall nur:  
1 Thlr.

# Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-  
genommen: In Leipzig in der  
Buchhandlung von S. Kirchner,  
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.  
In Magdeburg in der Kreuz-  
schen Buchhandlung, Breiten-  
weg No. 156.

Sallische  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N<sup>o</sup> 97.

Halle, Mittwoch den 26. April  
Hierzu eine Beilage.

1848.

## Deutschland.

Halle, d. 24. April. (Ueber Volksbewaffnung).  
In unserm gegenwärtig politisch bewegten Leben steht die Frage  
über die künftige Wehrverfassung obenan, und mit Besorgnis  
blickt jeder Patriot auf den traurigen Zustand derselben  
in den meisten deutschen Ländern. In jenem unvergeßlichen  
Jahre des höchsten Ruhms und der größten Kraftäuße-  
rung, als Preußen sich 1813 wie ein Mann für die Befreiung  
Deutschlands von dem schmachlichen Joch der Franzosen erhob,  
wurde die Landwehr ins Leben gerufen; ihr Name ge-  
hört der Weltgeschichte an. Es wurde dann nach beend-  
igtem Kriege am 3. September 1814 das Gesetz der all-  
gemeinen Wehrpflicht erlassen, welches zum Heile des Vaterlan-  
des uns das erhabene Schauspiel eines bis an die Zähne be-  
waffneten Volks von Männern verschafft hat, welches jeden  
Augenblick bereit ist, den alten Lorbeern der Heldenväter frische  
Reiser auf dem blutigen Felde der Ehre hinzuzufügen, so-  
bald der Nationalstolz der Preußen dies fordert. Fragen wir  
nun, ob dieses Gesetz der Wehrpflicht seine volle Anwendung  
findet, so müssen wir verneinend antworten. Eine große  
Menge junger Leute kann in die Linie nicht eingestellt und ge-  
nügend ausgebildet werden, weil der Ersatzbedarf durch  
die immer noch zu lange Dienstzeit in keinem richtigen  
Verhältniß zu der Zahl jener steht. Diesem Uebelstande muß  
zunächst abgeholfen werden; wer körperlich und geistig gesund  
ist, 5 Fuß und darüber mißt \*) und auf dem kein Verbrechen  
ruht, „denn ehrlos, wehrlos,“ ist zum Dienste im stehen-  
den Heere verpflichtet. Um dies zu erreichen und gleichzeitig  
die Nachteile einer längern Dienstzeit immer mehr zu verrin-  
gern, setze man diese bei der Infanterie auf ein Jahr herab,  
ziehe aber sämtliche Reservisten in den beiden Jahren ihres  
Reserveverhältnisses zu der Landwehrübung vorzugsweise heran.  
Ein zweimaliger Ersatzbedarf, am 1. April und 1. Oktober  
jedes Jahr, müßte jedoch dann eintreten; auch könnten Beur-  
laubungen von 4 Monat ohne Löhnung im Winter Statt fin-  
den, wodurch sich eine Ersparniß von 400,000 Thaler bewir-

\*) Jetzt werden 5 Fuß 2 Zoll angenommen, wodurch die kräftigsten  
Leute nicht zur Einstellung kommen.

fen ließe. Nehmen wir das 20. Lebensjahr als das des Ein-  
tritts in die Linie an, und lassen den ausgedienten Soldaten  
2 Jahre im Reserveverhältnisse, so würde er mit dem zurück-  
gelegten 23. Lebensjahre in die Landwehr 1. Aufgebots über-  
treten. In diesem bleibt der Wehrmann wie bisher 7 Jahr,  
und tritt dann mit dem vollendeten 30. Lebensjahre in das  
2. Aufgebot über.

Das 2. Aufgebot werde nun insofern aufgehoben, als  
dasselbe die Bürgerwehr mit selbstgewählten Führern für  
die Zukunft bildet. Jeder unbescholtene Mann ist zum Ein-  
tritt in dieselbe verpflichtet und gehört ihr bis zum 50. Lebens-  
jahre an. Eintägige Uebungen mit dem Gewehr, wozu na-  
mentlich das Scheibenschießen zu rechnen ist, finden im Früh-  
jahr und Herbst Statt; militärische Spielereien in Paradeauf-  
zügen müssen jedoch ausgeschlossen bleiben. Da bei der Bür-  
gerwehr nur die Infanterie wesentlich berücksichtigt werden  
kann, so sind diese kurzen Andeutungen auch nur in Bezug  
auf dieselbe gemacht. Für die Kavallerie und Artillerie reicht  
die Dienstzeit von einem Jahre nicht aus, die Billigkeit for-  
dert dagegen, daß den, in diese Waffen eintretenden jungen  
Leuten eine anderweitige Berücksichtigung, namentlich besserer  
Sold, gewährt wird. Die bei der Infanterie möglichen Er-  
sparnisse bieten dazu die nöthigen Fonds dar.

Wir erhalten so eine Volksbewaffnung in der edel-  
sten Gestalt, zu welcher das stehende Heer die feste Grund-  
lage bilden, und innig mit derselben verschmolzen werden muß.  
Die Aufhebung desselben ist unmöglich, das Verlangen danach  
involviert einen Verrath am Vaterlande, wenn gleich nicht in  
Abrede gestellt werden soll, daß vielfache Reformen, die zu er-  
örtern hier nicht der Ort ist, schon durch den constitutionellen  
Staat dringend geboten werden.

Berlin, d. 23. April. Nach amtlichen, so eben ein-  
gegangenen, Nachrichten hat die dänische Regierung unter  
dem 19. d. M. die Beschlagnahme aller in dänischen Häfen  
befindlichen deutschen Schiffe angeordnet, gleichzeitlich auch  
ihren Kriegsschiffen den Befehl zur Ausbringung der preu-  
ßischen Handelschiffe ertheilt. (A. Pr. Ztg.)

Bromberg, d. 18. April. (Pr.-M.) Der Imme-  
diatkommissarius von Willisen, welcher durch seine Inter-

ventionen bis jetzt alles ernstliche Einschreiten gegen die das Großherzogthum durchziehenden Rebellenhaufen vereitelt und somit der Insurrection den größten Vorschub geleistet, hat sich gestern einfallen lassen, ohne sich darum zu kümmern, ob eine Regierung in Bromberg besteht oder nicht, die Landräthe des hiesigen Departements zu benachrichtigen, daß er ihnen bei Ausübung ihrer Funktionen polnische Commissarien zur Seite setzen werde und hat somit nicht nur seine Vollmacht, welche ausdrücklich dahin geht, in der Verwaltung uns Vorschläge zu machen, überschritten und eigenmächtig in letztere eingegriffen, sondern auch hierdurch sein doppelt resp. der von hier an ihn unterm 5. d. M. entsandten Bürgerdeputation so wie der Königl. Regierung gegebenes Wort: daß selbst von einer vorläufigen Reorganisation der Negdistrikt unberührt bleiben solle, gebrochen. Die Königl. Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, in einem heutigen Plenarbeschlusse die Landräthe des Departements ausdrücklich anzuweisen, keinerlei Commissarien neben sich zu dulden und jede derartige Anmaßung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zurückzuweisen. Zugleich ist der General-Lieutenant v. Wedell, Erg. ersucht worden, hierin event. die Landräthe mit seinen militairischen Kräften zu unterstützen und beim Staatsministerium beantragt worden, den 20. v. Willisen, als des in ihm gesetzten Vertrauens unwürdig, seiner Mission zu entheben. Gestern, also schon vor diesen Ereignissen, ist Seitens des hiesigen deutschen Comitees ein anderer motivirter und sehr energischer Antrag, den 20. Willisen als Landesverrätther in Anklagestand zu versetzen, an das Staatsministerium abgegeben.

**Bromberg**, d. 20. April. So eben rückt pommerische Landwehr aus Neu-Stettin bei uns ein. Der General v. Wedell besetzt die in unserm Departement die von den polnischen Insurgenten geplünderten und beraubten kleinen Städte. Diejenigen der Letztern, welche sich in Znin verschant hatten, sind beim bloßen Anzuge der preuß. Truppen davon gelaufen; sie sammeln sich aber in den nächsten Orten und führen einen förmlichen Guerillakrieg. In Pafosc herrscht noch gestern die vollständigste Anarchie, indem der dasige Bürgermeister, ein Mann polnischer Nationalität, die Bekanntmachungen der Königl. Regierung öffentlich vernichtete und sich auf die vom Herrn General v. Willisen verheißene Straflosigkeit bezog.

**Posen**, d. 20. April. Aus dem Lager zu Miloslaw hat Mieroslawski nochmals eine Vorstellung an den König gerichtet, mit der Krauthofer vorgestern Abend von hier nach Berlin abgereist ist, und in der er erklärt, daß das Volk durch die bisherigen Zugeständnisse nicht befriedigt sei und nicht befriedigt sein könne, weil man seine wahren Wünsche nicht vor den Thron gebracht; daß er selbst die mit dem General v. Willisen geschlossene Convention als gebrochen betrachte, da das preussische Militär sie nicht gehalten habe, und daß er endlich den König im Namen der Mitunterzeichneten, des ganzen Volkes, bitte, die Unabhängigkeit des Großherzogthums insoweit auszusprechen, daß es sich unter preussischer Oberhoheit und Schutz in polnisch-nationalem Sinne und unter hinreichender Berücksichtigung des deutschen Elements frei organisiren und entwickeln könne. Das hiesige Comite hat er zugleich aufgefordert, sich nicht aufzulösen, sondern in Activität zu bleiben und namentlich für Beschaffung der nöthigen Geldmittel zur Unterhaltung und Equipirung der Mannschaften zu sorgen. Die Vorstellung, in der das Sündenregister des Comite zugleich mit aufgeführt war, hat dasselbe unter dem Vorwande, daß es sich eben aufgelöst habe, zu unter-

schreiben verweigert. Das Comite besteht jedoch im Hotel de Vienne fort. — Die Warschauer Zeitungen bringen die wichtige Nachricht, daß auf Veranlassung des Fürsten-Statthalters Paskewitsch eine Deputation von vier der angesehensten Magnaten, an deren Spitze sich Krasinski befindet, an den Kaiser nach Petersburg abgehen werde, um denselben zu bitten, das ehemalige Königreich Polen in dem Zustande wieder herzustellen, wie es vor der Revolution von 1830 war, und zugleich die erforderlichen Schritte zu thun, die jetzt davon getrennten Theile (Posen und Galizien) mit demselben unter russischem Scepter wieder zu vereinigen. Ist dies gegründet, und nicht ein russischer Schreckschuß, so dürfte Paskewitsch schwerlich hierin ohne Wissen und Willen des Kaisers handeln und die Sache wäre für Deutschland nicht ohne Bedeutung. Auch hier zeigen sich in Folge der langen Zögerung wieder russische Sympathien, ohne jedoch noch großen Anklang zu finden; unter allen Umständen wird man hier, bevor man diesen letzten Schritt thut, den Ausspruch des deutschen Parlaments abwarten, wenn Preußens Erklärung nicht befriedigend ausfallen sollte.

**Breslau**, d. 19. April. Die von dem hiesigen demokratischen Verein, behufs Einrichtung zuverlässiger Nachrichten, nach der Provinz Posen geschickte Deputation erstattet dem Vereine einen Bericht, dem wir Folgendes entnehmen: Der Fanatismus herrscht in Posen auf beiden Seiten, Mißtrauen und Furcht sind die Ursachen desselben gewesen: beide Parteien haben gefehlt, wie es in dem Augenblicke der Aufregung nicht anders möglich war. Einen sehr großen Theil der Schuld aber tragen die jüdischen Einwohner, welche, in ihrem Handel gestört, und durch blinde Aengstlichkeit getrieben, alle Mittel aufboten, Haß und Zwietracht gegen die Polen zu säen und durch endliche Unterdrückung derselben wieder Ruhe zu erlangen. Nächstdem haben namentlich die Landräthe und Distrikts-Commissarien, die den Polen widerrechtlich aufgedrungen sind, und nun ihre Stellen zu verlieren fürchten, verderblich gewirkt.

**Breslau**, d. 22. April. Das polnische Nationalcomite hat gegen die von dem deutschen Nationalcomite in Posen erlassene Denkschrift, betreffend die nationale Reorganisation in Posen, einen Protest veröffentlicht, in welchem folgende vier Punkte aufgestellt werden: 1) Die Rechte der Nation unterliegen keiner Verjährung; 2) das Großherzogthum Posen, der 20. Theil des ehemaligen polnischen Reichs, ist nicht befähigt, durch Verträge auch nur eine Spanne Landes abzutreten, denn es hat hierzu nicht die Autorisation von den übrigen 19/20 des frühern Polens; 3) die jetzt im Großherzogthume Posen wohnenden Deutschen haben nicht das geringste Recht, über das Loos Posens zu bestimmen; 4) der größte Theil des Grundbesitzes im Großherzogthume Posen befindet sich in den Händen der Polen, und das Verhältniß des Grundbesitzes der Deutschen zu dem der Polen ist dort wie 1 zu 8 oder 10.

**Mendenburg**, d. 21. April. Aus sicherer Quelle erfahren wir von steten Truppenübergängen über die Schlei in den letzten Tagen; in den Dörfern Gluckebye, Hummelfeld, Cosel, südlich von der Schlei, wimmelt es von Dänen. Bei Wismunde sind Kanonen aufgeföhren, am Nordufer, und das von den Dänen versenkte Fährboot daselbst ist wieder herausgezogen. Man scheint mithin die in Angeln cantonirenden Truppen nach Eckernförde hinzuziehen, um nach verlornener Schlacht den Rückzug auf die Flotte zu nehmen, eventuell zugleich auf Schleswig und Wismunde. Könnte die Schleswig-holsteinische Armee die Batterien der dänischen Kriegsschiffe bei Eckernförde unschädlich machen,

dann wäre offenbar die Position der Dänen eine sehr gefährdete.

Heute Vormittag hat ein mehr als sechshündiges Vorpostengefecht bei Altenhof stattgefunden. Ein Corps von 1500 Dänen ist von Eckernförde ausgerückt und hat das dort postirte Freikorps unter der Führung des Major v. Reichenbach, etwa 4—500 M. mit Artillerie und von Kriegsschiffen unterstützt, angegriffen. Der Sieg ist unser gewesen, wenn auch an eine Verfolgung des Feindes, der sich namentlich durch einen Bayonnetangriff in die Flucht geschlagen, nach Eckernförde zurückgezogen hat, nicht zu denken gewesen ist, da weder Linieninfanterie noch Artillerie unsere tapfern Freischärler begleitete. Auf unserer Seite sind, wenn wir recht berichtet, 11 gefallen und einige 20 verwundet worden. Frau Aston gewährte Rendsburg den romantischen Anblick, daß sie einen Verwundeten ins Hospital geleitete. Der Verlust der Dänen soll noch einmal so groß sein. Mehrere Corps, die zu diesem Vorposten gehörten, waren erst in der Nacht bei Altenhof angelangt, um sich nach wenig Stunden schon zu schlagen. Begreiflich haben die Vorposten Ordre gehabt, vor überlegener Macht sich zurückzuziehen.

Der Altonaer Merkur schreibt aus Kiel, vom 21. April: Die provisorische Regierung hat heute Berichte aus London empfangen, nach denen das dortige Cabinet die Schritte des Bundestags wegen Schleswig noch nicht als einen Krieg gegen Dänemark betrachte und solchemnach wenigstens vorläufig sich neutral verhalten wolle. Die Andeutungen der dänischen Blätter vom 19. April scheinen damit übereinstimmen.

Wie man glaubt, wird der Angriff von Friedrichstadt aus erfolgen, da die jetzige Position der Dänen durch Dorfmoore und das alte Dannevirke so sehr gedeckt ist, daß man den Angriff von der Fronte wohl nicht versuchen wird.

**Hannover**, d. 18. April. Alle Gemüther sind auf's Höchste aufgeregt. Auf Vertretung unseres jetzigen Volkes kann die zweite Kammer keinen Anspruch machen. Aber wir haben jetzt den Ausdruck des Volkswillens in unseren Deputierten, und dieser beweist, welchen Sprung der politische Sinn unseres hannoverschen Stammes gemacht hat. Heute Morgen ist den Ministern eine Adresse wegen sofortigen Erlasses eines Wahlgesetzes unter Hinweisung auf die ungemaine Gährung im Lande überreicht worden. Dabei ist es zu heftigen Aeußerungen gekommen. Stüve hat sich zu der Behauptung hinreißen lassen: „die Gährung im Lande sei nur durch betrügerische Vorspiegelungen und durch die Lüge hervorgebracht.“ Er hat die Deputation mit den lebhaftesten Aeußerungen des Unwillens empfangen. Ein Mitglied der Deputation hat ihm ins Gesicht sein Benehmen für brutal und alle Formen der gewöhnlichen Höflichkeit vergessend erklärt. Nach Niederlegung der Verfassungs-Commission hat sich unsere Ständeversammlung heute bis zum 8. Mai vertagt.

**Wien**, d. 18. April. Der Entwurf unserer Constitution, wie er bereits, ohne offiziell zu sein, circulirt, muß allen Anforderungen genügen, welche Oesterreich bei der verwickelten Lage seiner provinziellen Interessen für den Augenblick stellen kann. Mögen sich auch jetzt schon Stimmen gegen das Zweikammersystem geltend machen, wer die Verhältnisse Oesterreichs kennt und versteht, stimmt unbedingt dafür; überhaupt sind verdächtige Individuen unermüdlich thätig, das Vertrauen in die Regierung auf jede denkbare Weise zu untergraben. Folgendes sind die Grundzüge des Verfassungsentwurfs: 1) Sammtliche Provinzen

mit Ausnahme von Ungarn, Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen und vorläufig der italienischen Provinzen bilden ein untheilbares Ganze. 2) Die Gebietseinteilung wird beibehalten. 3) Die Person des Kaisers ist unverletzlich. 4) Der Kaiser hat volle Gewalt über Land- und Seemacht, das Recht, Krieg und Frieden zu schließen. 5) Verträge mit fremden Mächten nur mit Zustimmung der Kammern. 6) Begnadigung und Belohnung nur auf Antrag der Kammern. 7) Öffentliches und mündliches Verfahren. Schwurgerichte. Richter unabsetzbar. 8) Die Sanction aller Gesetze steht dem Kaiser zu. 9) Alljährliche Reichsversammlung. Der Kaiser kann sie auflösen, vertagen, muß sie aber in bestimmter Frist wieder einberufen. 10) Alle Staatsbürger genießen Freiheit des Glaubens, der Rede, Presse, Petition, Association, innerhalb der durch die Gesetze bestimmten Schranken. 11) Volle Religions- und Gewissensfreiheit. 12) Freie Religionsübung des Christlichen und jüdischen Cultus. 13) Gleichheit vor dem Gesetze. 14) Verantwortlichkeit der Minister. 15) Die Gesetzgebung ist in den Händen des Kaisers und der Kammern. 16) Ist sich für ein Zweikammersystem auszusprechen. Mitglied der I. Kammer: durch Geburt, großen Grundbesitz, Ernennung des Landesfürsten und Wahl. Wählbar in die II. Kammer alle Staatsbürger. 17) Beide Kammern können Gesetzentwürfe machen. 18) Alle Gesetze bedürfen der Zustimmung beider Kammern. 19) Nationalgarde. Das Wahlgesetz vom ersten Reichstage zu bestimmen. Dies Alles ist noch nicht offiziell und wird erst in wenigen Tagen publicirt werden.

**Triest**, d. 19. April. Vorgestern wurden die Dörfer Strassoldo und Bischo von einem ziemlich starken Insurgententrupp angegriffen, der schon in den vorangehenden Tagen wiederholentlich Ausfälle aus Palmanuova gemacht hatte. Der Haufe bestand größtentheils aus übergetretenen Italienern, die in der kaiserlichen Montur ihren frühern Waffengefährten entgegenzogen. Die österreichischen Vorposten bestanden mit tapferer Ausdauer ein längeres Gefecht mit den Insurgenten, und waren im Stande, sich gegen die Ueberzahl der Andringenden in dem größten Theile des Dorfes Bischo zu behaupten. Als zuletzt österreichische Verstärkungszüge ankamen, wurde auch der andere Theil des Ortes wieder genommen und der Feind gänzlich zurückgeschlagen. Mehrere Häuser mußten einzeln gestürmt werden; in einem derselben brach Feuer aus, welches schnell um sich griff. Darauf rückte Generalmajor Fürst Schwarzenberg mit einem Theil seiner Brigade von Bischo in das venetianische Gebiet nach Privano, das nach geringem Widerstand in seine Hände fiel, obwohl der Platz sich in sehr gutem Vertheidigungszustande befand und namentlich mit Munition reichlich versehen war. Ein Theil der Brigade Schulzig bemächtigte sich zu gleicher Zeit ohne bedeutenden Widerstand des Ortes Falmico, welcher ebenfalls jenseit der friauler Grenze im venetianischen Gebiete liegt und bei dieser Gelegenheit ein Raub der Flammen wurde. Unter den Gefangenen befinden sich viele Ueberläufer des Batallions Erzherzog Ferdinand Victor, insurgirte Bauern aus der Gegend von Belluno, Schützen mit vortrefflichen gezogenen Röhren, und als Curiosum auch ein römischer Nationalgardist in päpstlicher Uniform. Die Zahl der beiderseits Gefallenen ist nicht genau ermittelt. Oesterreichsersits beklagt man den Verlust des Hauptmanns Grimm vom Infanterieregiment Fürstenwärtner, eines tapferen Veteranen aus der Zeit der französischen Kriege; beim Sturm von Bléco ward er im heldenmüthigen persönlichen Kampfe von zwei

Rugeln niedergestreckt. Am 17. April Abends bivouacirte das Jfongocorps in folgender Vertheilung: Die Brigade Schulzig um Mugaredo und Falmico, die Brigade Schwarzenberg um Visco und Privano, die Brigade Euloz bei Bersa zwischen den Gebirgsbächen Judio und Torre. Das Hauptquartier des Grafen Nugent war in Romans. — Gestern Nachmittag sah man hier vom Kastell aus in der Gegend des Kriegsschauplatzes mehre Rauchsäulen aufsteigen, die sich längere Zeit erhielten. Heute verbreitet sich hier das unverbürgte Gerücht, daß Palmanuova von den Desterreichern genommen sei und das Schloß Udine in Flammen stehe. — Sichern Nachrichten zufolge hat Sardinien darauf verzichtet, gegen Desterreich einen Seekrieg zu führen und dessen Häfen zu belästigen. Dieser Entschluß dürfte auf die Einsprache der britischen Regierung gefaßt worden sein.

**Frankfurt a. M., d. 21. April.** Aus sicherer Quelle vernehmen wir, daß die energische Betreibung der schleswig-holsteinischen Sache von Seite Preußens nicht sowohl von den Herren Camphausen und Hansemann, als vielmehr von dem Könige selbst unmittelbar und Herrn v. Arnim ausgeht. General Wrangel ist zum Oberbefehlshaber der Truppen in Schleswig-Holstein ernannt worden. England hat in Berlin seine Vermittelung in Betreff Dänemarks angeboten, ist aber von dem preußischen Kabinette bedeutet worden, daß der Krieg nach Beschluß des deutschen Bundes geführt werde, und die Vermittelungsvorschläge daher in Frankfurt anzubringen sind. So wären wir nun endlich einmal thatsächlich auf den Standpunkt gekommen, den die deutsche Bundesversammlung schon im Jahr 1817 hätte einnehmen sollen. — Seit einigen Tagen beschäftigt sich die Bundesversammlung sehr ernstlich mit der Erwerbung einiger Kriegsdampfsboote. Sehr kräftig sollen sich besonders Bayern und Baden für diese Maßregel ausgesprochen haben. Andere Staaten sollen Bedenken tragen, der Bundesversammlung einen unbeschränkten Kredit für diese Ausgabe zu gestatten. Dieses Bedenken würde schwinden, wenn der Fünfzigerausschuß erklären würde, daß alles, was von dem Bunde in dieser Beziehung aufgewendet werden würde, von ihm als ein nothwendiger Aufwand im Interesse der Gesamtnation anerkannt, und die Bundesversammlung von ihm aufgefordert würde, ohne weiteres für die Aufbringung der erforderlichen Mittel Sorge zu tragen. Von Bremen sind Bevollmächtigte hier angekommen, um der Bundesversammlung in obigem Betreff Vorschläge und Anerbietungen zu machen.

**Aus der Ortenau, d. 20. April (Morgens).** Der Stand der Dinge in Offenbach ist räthselhaft. Man sagt, in einer Bürgerversammlung habe nur  $\frac{1}{10}$  der Bürger für die Republik und  $\frac{9}{10}$  dagegen gestimmt; dagegen ist nun heute eine Proklamation verbreitet, welche gestern Abend in Offenbach ausgeheilt wurde und folgendermaßen lautet:

»Erklärung der Stadt Offenbach. In diesen mächtig bewegten Zeiten bringt jeder Tag neue Ereignisse, erzeugt jede Stunde neue Bedürfnisse. Das politische Leben dringt aller Orten mit größerer oder geringerer Kraft auf die freie, republikanische Gestaltung. Die Aufregung im Seekreise pflanzt sich fort und fort durch die Gauen unsers Vaterlandes. Die Theilnahme am Schicksale der Bestrebungen der beiten Volksmänner Hecker und v. Struve erhält sich beständig wach, und ihre Iden finden einen stets größern Kreis von Anhängern. Dieses und der unerwartete Schritt eines größern Theiles unsrerer hiesigen Bürgerschaft in verfloßener Nacht drängt uns

heute zu der offenen Erklärung: Offenbach gehört zu den Städten des Landes, wo sich kräftige Sympathien für die republikanische Staatsform im größten Theile seiner Einwohner finden. Offenbach will dieses hiermit aussprechen, ohne übrigens darauf einzugehen, sogleich die Republik zu verkünden und seine hier bestehenden staatlichen Einrichtungen zu ändern. Hierin liegt der Ausdruck seines Sinnes für Ordnung und seiner Freiheitsbestrebungen, welche sich durch die Nationalversammlung oder doch nur Hand in Hand mit denen der größern Schwesterstädte verwirklichen sollen. Offenbach will Freiheit, aber auch Ordnung und Einheit des Vaterlandes. Gott mit uns! Beschlossen in der allgemeinen Bürgerversammlung. Offenbach, am 19. April 1848.«

Man sieht, daß sich Offenbach in dieser Proklamation die Republik ausdrücklich vorbehält. Es heißt, von Frankfurt werde ein Mitglied des Fünfziger-Ausschusses mit außerordentlichen Vollmachten erscheinen, um die Sache in Ordnung zu bringen.

Die neuesten Berichte aus Baden bestätigen die vollständige Niederlage der Rebellenhaufen unter Hecker und Struve, so wie den Tod des hochgeachteten Generals von Gagern. Hecker ist der Basler Zeitung zufolge am 21. über Rheinfelden in Basel eingetroffen; Willich ist bei Randern geblieben, seine Leiche und die eines andern Führers wurde auf einem Wagen dahin gebracht.

### Dänemark.

Der Hamb. Correspondent meldet aus Kopenhagen vom 19. April, daß der König sich auf seiner Reise eine Erkältung zugezogen hat und, wie das von dem Dr. Lund unterzeichnete Bulletin sagt, an einer Brust-Entzündung erkrankt ist.

### Niederlande.

**Aus dem Haag, d. 19. April.** Heute Morgen ist der Fürst v. Metternich mit seiner Gemahlin von hier über Rotterdam nach London abgereist.

### Italien.

**Triest, d. 15. April.** Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß in Folge eines Protestes des britischen Ministers in Neapel die dort beabsichtigt gewesene Sendung eines Hülfskorps von 12,000 M. nach der Lombardie unterblieben ist. Um so weniger kann von einer Operation zur See gegen Triest die Rede sein.

Die provisorische Regierung der venetianischen Republik veröffentlicht das nachfolgende Bulletin: **Venedig, d. 14. April Morgens.** Den 11. April ist zwischen Soma und Zugazano ein blutiges Gefecht vorgefallen, wobei die Piemontesen den Desterreichern bedeutende Verluste an Todten und Gefangenen beibrachten. Den 12. April wurde mitten unter häufigem auf mehreren Punkten der Provinz Vicenza vorgefallenen Kanonendonner gegen 6 Uhr Abends eine Explosion vernommen, welche, wie es scheint, aus dem Aufstiegen des in den Umgebungen von Verona zwischen S. Martino und Bosco gestandenen Pulverthurms entstanden ist. Zu Bonifacio und Tombetta ist von Seiten des Feindes alles Zugvieh und Fuhrgeräthe, in der Absicht wahrscheinlich, die nach Verona bestimmten Mundbedürfnisse fortzuschaffen, requirirt worden. Selbst der Vorspann der Reisenden, denen bedeutet wurde, sich bis auf weitere Anordnung von ihren Gemeinden nicht zu entfernen, ist davon nicht ausgenommen worden. Auch von Mantua aus, dessen Besatzung sich auf 6000 Mann beläuft,

werden bis auf acht Meilen im Umkreise Rinder und Schafe eingetrieben. Die Verbindung zwischen Verona und Mantua ist durch zahlreiche Schaaren von Piemontesen und Lombarden unterbrochen. Zweihundert päpstliche Soldaten sind zu Ponte Molino angekommen, brachen die Brücke über den Tartaro ab und rückten dann nach Sanguinetto und Nogara vor. In Trient war der Befehl angelangt, 14 Geschütze aus dem dortigen Kastele nach Giudicarie zu entsenden, wo es zwischen Schweizern und Oesterreichern zu einem für letzere nachtheiligen Gefechte gekommen sein soll. Den 12. April dauerte der Kampf zwischen Piemontesen und Oesterreichern fort, obwohl die Piemontesen den errungenen Boden behauptet und im Laufe des Tages viele Vortheile erkämpft hatten, so verloren sie gegen Abend dennoch (und wie es heißt, absichtlich) drei Kanonen und eine Fahne, welche übrigens den Oesterreichern viele Leute kosteten. Bis über Mitternacht dauerte das Einführen von Verwundeten nach Verona fort. Das Gefecht fiel zu Dosso, Buono, Vizasio, fünf Miglien von Verona vor. Gegen Abend zogen sich die Oesterreicher theils nach Verona und theils unter die Mauern dieser Festung zurück. Zwischen 6 und 7 Uhr schlugen sie zwei Brücken über die Etsch, nämlich eine bei Chievo und die andere zu Arquaro, eine Miglie weit von Verona. Um 9 Uhr des nämlichen Abends rückten aus dem alten Kastele bei dem nach Campagnola führenden Thore 2000 Mann (größtentheils italienische Grenadiere) aus; zur Escortirung der letztern folgten ungarische Husaren mit sechs Geschützen; ein zweites Cavalleriecorps rückte ebenfalls aus den Thoren Porta Nuova, Vittoria und S. Zeno auf der Circumvallationslinie aus; auf dem Rückzuge wurde das Land mit Brand und Plünderung verheert. Ein Corps Schweizer hat auf dem Wege nach Tirol über den Garda-See gefeßt. Es wird mit Bestimmtheit gemeldet, daß zu Sanguinetto, im Bezirke von Legnago, 8000 Päpstliche angekommen seien. Am 13. April hat der Kampf am Etschflusse schon um 5 Uhr Morgens begonnen; das Gefecht war heiß bei Chievo, eine halbe Miglie von der Festung, und selbst von den Wällen der letztern wurden einzelne Kanonenschüsse abgefeuert, als um 8 Uhr die Estafette abging. In Pollicella, jenseit der Etsch, standen bis 12 Uhr viele Piemontesen.

### Frankreich.

Paris, d. 18. April. Vom Plage des Stadthauses halb 5 Uhr Abends. Immer noch umstehen Volksmassen das Stadthaus, Jeder glaubt vor den Fenstern des Regierungs-Sitzes die näheren Ursachen der mächtigen Bewegung erfahren zu können, die Paris seit drei Tagen in einen Zustand gefährlicher Spannung versetzt. Ein großer Theil der Nationalgarde befindet sich immer noch unter den Waffen, und nur die Besorgniß um das allgemeine öffentliche Wohl, und näher die Wahrung des eigenen Heerdes, erklärt dieses massenhafte Kennen zu den Waffen, sobald die Trommel sich vernehmen läßt. Die Nacht ist auch in der That nicht ohne Excesse vorübergegangen, und man hat ernstliche Versuche gemacht, den Posten der dritten Legion auf dem Plage des petits pères zu entwaffnen. Einen anderen in der Straße Montorgueil hat man verbrennen wollen. Die Anti-Communisten wollten in der Nacht auch Cabot verhaften; er aber veröffentlicht heute einen Brief an die Regierung, in welchem er behauptet, an der ganzen Bewegung durchaus keinen Antheil zu haben. Er verlangt eine „Untersuchung.“ Die Beteuerungen der Communisten: keine feindliche Absicht gehabt zu haben, beweisen nach einer so entschiedenen, wenn auch auf friedlichem Wege erlittenen Niederlage nichts. Die Regierung würde sich hü-

ten, ohne hinreichenden Grund ganz Paris unter die Waffen zu rufen. Uebrigens ist gestern Abend in einem der Clubs Lamartine's Kopf gefordert worden, und das Votum ist für den Antrag ausgefallen.

Der »Moniteur« bringt morgen zwei Regierungsdecrete, welche mehr als 100 Generale, Obersten und Oberstlieutenants der Armee pensioniren. Die Zahl der in den Departements befehligen Generale soll auf die Hälfte herabgesetzt werden und ein einziger Brigade-General mindestens zwei Departements unter sich haben. Durch alle diese militärischen Beschränkungen wird man jährlich 1½ Millionen Fr. ersparen.

Paris, d. 20. April. Das Fahnenfest auf dem Marsfelde. Heute früh um 7 Uhr wurde in allen Theilen von Paris Generalmarsch geschlagen und gegen 9 Uhr nahmen die Nationalgarde des Seine-Departements, die mobile Nationalgarde, die unbewaffneten Bataillone der Arbeiter der Nationalwerkstätten, 40,000 Mann stark, und die in der Umgegend untergebrachten Truppen aller Waffen, welche jetzt in die Stadt einzogen, die ihnen angewiesenen Stellungen ein. Die eine gewaltige Colonne zog über die Boulevard's, die andere über die Quai's. Um 10½ nahmen die Mitglieder der Regierung unter Kanonendonner auf der vor dem Triumphbogen errichteten und mit 4 bis 500 Fahnen geschmückten Estrade ihre Plätze ein. Hinter der Estrade war ein mit Damen und Bürgern dicht besetztes Amphitheater, auf zwei anderen Amphitheatern zu beiden Seiten befanden sich die Beamten und sonst eingeladenen Personen. Sämmtliche Stabs-Offiziere waren vor der Estrade versammelt. Die Fahnen-Vertheilung, welche unter Kanonenschüssen und Militärmusik sofort begann, dauerte zwei Stunden. Das Defiliren, welches darauf folgte und erst um 8 Uhr beendet sein wird, bot ein merkwürdiges Durcheinander: Nationalgarde, Truppen, Mobilgarde, Arbeiter, Reiterei aller Art, waren in wunderbarer Brüderlichkeit verschmolzen. Unter den Seitenhallen des Triumphbogens waren wohl versorgte Buffets aufgestellt. Paris bot heute, da alles Fahren untersagt war, das Aussehen einer Provinzstadt. Die Ordnung ist, so viel man bis jetzt weiß, nirgendwo gestört worden.

L. Blanc wurde vorgestern vor dem Stadthause von der 10. Legion der Nationalgarde, die eben defilirt hatte, mit dem einmüthigen und donnerden Rufe: Nieder mit den Communisten! empfangen. Er that einen Schritt zurück, nahm den Hut ab und sagte mit vor innerer Erregung zitternder Stimme: »Wer ruft hier Nieder? Wer läßt unter uns diesen Spaltungsruf hören? Nieder mit Niemand! Vereintgen wir unsere Stimmen in dem einzigen Rufe der Einheit und der Liebe: Es lebe das Volk!« Die einzige Antwort auf seine Worte war die Wiederholung des Rufes: Nieder mit den Communisten!

Der »Moniteur« enthält heute folgende Aktenstücke: 1) Eine Proclamation, worin die provisorische Regierung den Bürgern ihren Dank für den bewiesenen Eifer abstatet. Der 16. April wird darin dem 17. März an die Seite gestellt und als abermaltiger Rettungstag der Republik begrüßt. 2) Ein Decret, das auf die Verbrüderung der Armee mit der Nationalgarde oder auf die sogenannte Fahnenweihe vom 20. April (übermorgen) Bezug hat. Es erklärt diesen Tag als einen Festtag, an welchem die Dank, Börse, Schulen und Gerichtshöfe geschlossen sein müssen. Alle Wechsel, die an diesem Tage verfallen, sind erst den folgenden Tag zahlbar.

## Großbritannien und Irland.

London, d. 18. April. Im Unterhause wurde gestern die schleswig-holsteinsche Angelegenheit zur Sprache gebracht. Herr Wilson interpellirte den Minister des Auswärtigen darüber und fragte, ob die Regierung Mittheilungen über das Einrücken preussischer Truppen in Holstein erhalten habe, ob Dänemark die Elbmündung blockiren und ob England in dem Kampfe Deutschlands mit Dänemark nicht vermitteln werde. Lord Palmerston, eine bestimmte Erklärung über die Absichten der britischen Regierung vermeidend, erwiderte darauf: „Ihrer Majestät Regierung hat mehrere Mittheilungen, sowohl von der dänischen, wie von der preussischen Regierung über diese Angelegenheit erhalten; wir haben in der That mit beiden Regierungen unterhandelt. Der Wunsch Ihrer Majestät Regierung ist natürlich gewesen, ihre guten Dienste anzubieten und dadurch, wenn es möglich wäre, jene Differenzen zu einem freundschaftlichen Abschluß zu bringen. Wir haben deshalb der dänischen, wie der preussischen Regierung angedeutet, daß, wenn unsere guten Dienste zu diesem Zweck beitragen könnten, wir mit Freuden sie leisten würden. Ich möchte nach der Stimmung, welche beide Parteien an den Tag legen, hoffen, daß jenes Anerbieten angenommen werden wird. (Hört, hört!) Nichts wäre gewiß mehr zu beklagen, als wenn der Friede Europa's wegen einer Zwistigkeit dieser Art gestört werden sollte. (Hört, hört!) Was die Frage anbetrifft, ob die dänische Regierung uns von ihren beabsichtigten Operationen zur See etwas mitgetheilt habe, so halte ich es allerdings für wahrscheinlich, wenn die Feindseligkeiten fort dauern, daß die dänische Regierung, welche stark zur See ist, zu Maßregeln schreiten werde, den preussischen Seehandel zu stören, möglicherweise auch den von Hamburg, wenn Hamburg thätigen Antheil am Kriege nehmen sollte. Wenn indeß diese Angelegenheit der Gegenstand friedlicher Unterhandlung werden sollte, so kann man hoffen, daß keine Unterbrechung der Art stattfinden werde. Ich habe keine amtlichen Nachrichten von dem Ueberschreiten der holsteinschen Grenze durch preussische Truppen erhalten, halte es aber nach anderen Berichten nicht für unwahrscheinlich, daß der Uebergang stattgefunden habe.“

In der heutigen Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Lansdowne rücksichtlich der Lage Irlands und der Waffenbill zum Schutze der Krone befragt, daß kein Verein sich in Irland gesetzlich bewaffnen dürfe, ohne vorherige Zustimmung des Lord-Lieutenants. Dieses Verbot sei ausdrücklich von den irländischen Gerichtshöfen bestätigt worden. Demnach habe die Regierung alle Klubisten arretiren lassen, die bewaffnet erschienen.

(Eingesandt.)

In einem Artikel vom 19. d. M. in Nr. 94 des Hallischen Courier, auf dessen übrigen Inhalt ich nicht näher eingehen will, äußert Herr Dr. Anton Sprengel:

daß die Möglichkeit, den Ausfall, welcher durch die Freilassung der jetzt mit 5 Sgr. und 1 $\frac{1}{4}$  Sgr. steuernden Personen entstehen würde, durch die in den höhern Klassensteuerstufen steuernden Personen zu decken, mir einleuchten würde, wenn ich annähme, daß Mittelsätze in den 10 höchsten Steuerstufen einträten und kein Maximum mehr angenommen werde. Hierauf erwidere ich, daß ich mit ihm Zwischenklassen mindestens zwischen den höhern Steuerstufen, und ebenso neue Stufen über die höchste Stufe von 12 Rthlr. monatlich hinaus für sehr wünschenswerth halte, weil dadurch eine gleichmäßigere Besteuerung erzielt und der Vorwurf beseitigt werden würde, daß die

Reichen durch das Gesetz begünstigt seien. Dagegen glaube ich nicht, daß durch eine solche Einrichtung eine wesentliche Erhöhung des Gesamtertrages der Klassensteuer erreicht werden könnte, so lange nicht in allen Klassen, nicht bloß in den höchsten Stufen das Gesamteinkommen der Besteueren in einem wesentlich höhern Maße als bisher zur Besteuerung gezogen wird. Mittelsufen z. B. von 10 R $\frac{1}{2}$  zwischen 12 R $\frac{1}{2}$  und 8 R $\frac{1}{2}$ , von 6 R $\frac{1}{2}$  zwischen 8 R $\frac{1}{2}$  und 4 R $\frac{1}{2}$ , von 3 R $\frac{1}{2}$  zwischen 4 R $\frac{1}{2}$  und 2 R $\frac{1}{2}$  u. s. w. würden, so lange die Besteuerungs-Grundsätze nicht im Allgemeinen geändert werden, eben so viele Herabsetzungen als Heraufsetzungen zur Folge haben müssen, so daß der Gesamtbetrag der Steuer dadurch nicht wesentlich geändert werden dürfte. Was nun aber die höhern Steuerstufen über 12 R $\frac{1}{2}$  monatlich hinaus betrifft, so ist es ein sehr verbreiteter Irrthum, daß durch die niedrige Besteuerung der ausgezeichnet reichen Personen, welche jetzt bei einem noch so großen Vermögen nie mehr als 12 R $\frac{1}{2}$  monatlich geben, das Steueraufkommen wesentlich verringert werde. Der sehr reichen Leute giebt es der Zahl nach nur wenige, zumal auf dem platten Lande und in den kleinen Städten, denn die reichsten Gutsbesitzer wohnen meistens nicht auf ihren Gütern, sondern in den großen Städten. Werden diese Wenigen auch noch so hoch angezogen, so kommen dadurch dennoch keine großen Summen auf.

In der ersten Steuerstufe, zu welcher ein Vermögen von etwa 60,000 R $\frac{1}{2}$  und mehr qualifizirt, steuern in der ganzen preussischen Monarchie nur etwa 350 Personen. In der zweiten Steuerstufe, wo das Einkommen der Besteueren auf mindestens 40,000 R $\frac{1}{2}$  angenommen wird, nur etwa 750 Personen. In der dritten Stufe, wo ein Vermögen von wenigstens 30,000 R $\frac{1}{2}$  als vorhanden vorausgesetzt wird, nicht viel mehr als 3500 Personen.

Im ganzen preussischen Staate ist der jährliche Ertrag der Klassensteuer\*)

a. in der 1. Steuerstufe à 12 R $\frac{1}{2}$ monatlich	circa	50,000 R $\frac{1}{2}$
b. in der 2. Steuerstufe à 8 R $\frac{1}{2}$	=	= 75,000 =
c. in der 3. Steuerstufe à 4 R $\frac{1}{2}$	=	= 175,000 =
d. in der 4. Steuerstufe à 2 R $\frac{1}{2}$	=	= 300,000 =
e. in der 5. Steuerstufe à 1 $\frac{1}{2}$ R $\frac{1}{2}$	=	= 300,000 =
f. in der 6. Steuerstufe à 1 R $\frac{1}{2}$	=	= 600,000 =

in den 6 ersten Stufen also 1,500,000 R $\frac{1}{2}$   
In den 6 untersten Steuerstufen kommen ungefähr 6,200,000 R $\frac{1}{2}$  auf, so daß der Gesamtbetrag der Steuer circa 7,700,000 R $\frac{1}{2}$  ist.

Es fehlt mir leider an Unterlagen, um den Ertrag jeder der untern 6 Steuerstufen für den ganzen Staat anzugeben. Nach den Ergebnissen im Saalkreise, die ich unterm 15. d. M. veröffentlicht habe, dürfte der Ertrag der beiden untersten Steuerstufen etwa 2,500,000 R $\frac{1}{2}$  sein. Ich glaube aber, daß er viel höher ist, und sich mindestens auf 3,000,000 R $\frac{1}{2}$  stellt, da die Anzahl der ärmern Einwohner gewiß nicht größer, die der wohlhabendern aber jedenfalls viel größer im Saalkreise ist, als in den meisten andern Kreisen der Monarchie.

Sollen nun diese 3,000,000 R $\frac{1}{2}$  (oder, wenn Jemand diese Summe zu hoch hält, diese 2,500,000 R $\frac{1}{2}$ ) durch Freilassung der beiden letzten Steuerstufen in Ausfall kommen, so leuchtet wohl ein, daß durch höhere Heranziehung der circa 350 Personen, welche jetzt à 12 R $\frac{1}{2}$  monatlich circa 50,000 R $\frac{1}{2}$  jährlich zahlen, nicht viel zu erlangen ist, und daß selbst die schärfste

\*) Ich habe diese Data aus der Denkschrift entnommen, welche dem ersten vereinigten Landtage von der Regierung mit der Proposition wegen Einführung einer Einkommensteuer vorgelegt wurde, die Zahlen jedoch der besseren Uebersicht wegen abgerundet.

Heranziehung der in der zweiten und dritten Stufe steuernden Personen, deren Anzahl doch immer nur gering ist, mit denen der ersten Stufe zusammen nur ein Plus von einigen 100,000 *Rp* ergeben würde. Die vermehrte Steuer dürfte also hauptsächlich durch die in den mittlern Klassen von der 4. bis zur 10. Stufe steuernden Personen aufzubringen sein, weil diese durch ihre Menge eher eine größere Summe übertragen können. Diese Mittelklassen der Bevölkerung unseres Staats, die einen monatlichen Steuerbetrag von 2 *Rp* bis 7 $\frac{1}{2}$  *Sgr* zahlen, würden es also immer sein, durch deren erhöhte Heranziehung der Ausfall zu decken wäre, und das ist nicht anders möglich, als wenn von deren Gesamteinkommen ein höherer Steuerbeitrag gefordert wird, als bisher. Diese Mittelklassen sind indessen schon jetzt nichts weniger als gering besteuert, die letzten derselben, wo die Steuer 20 *Sgr.*, 15 *Sgr.*, 10 *Sgr.* und 7 $\frac{1}{2}$  *Sgr.* beträgt, sind gewiß verhältnißmäßig nicht geringer besteuert, als die beiden letzten Stufen, in denen die Steuer ganz zu erlassen jetzt verlangt wird. Es würde, wenn die in den letzten Stufen Steuernden ganz frei kommen sollten, eine Forderung der Gerechtigkeit sein, diese nächstfolgenden 4 Klassen in der Steuer gleichfalls zu erleichtern. In diesen 4 Stufen beträgt nun aber die Steuer mehr als 3 Millionen. Eine Herabsetzung der in denselben steuernden Personen auch nur um  $\frac{1}{3}$  des Steuerbetrags würde wiederum einen Ausfall von mehr als Einer Million geben, welcher denn wiederum hauptsächlich von denen zu decken wäre, die mit 2 *Rp*, 1 $\frac{1}{2}$  *Rp* und 1 *Rp* steuern.

Rechnet man nun hierzu noch, daß in einer Zeit, wie die jegige ist, die Höhe des muthmaßlichen Ausfalls bei den indirecten Steuern, worauf ich schon in meinem Aufsatze vom 15. d. Mts. aufmerksam machte, noch gar nicht zu übersehen ist, und daß, wenn dieser Ausfall durch directe Besteuerung gedeckt werden soll, diese Deckung doch nur den in den höhern und mittlern Stufen steuernden Personen auferlegt werden kann, so leuchtet wohl ein, daß in diesem Augenblick an einen Erlass der Steuer in den untersten beiden Stufen weniger als jemals zu denken ist. Dies aber und nichts weiter habe ich in meinem Aufsatze vom 15. d. Mts. behauptet, auch ausdrücklich hinzugefügt:

daß eine Erleichterung der ärmern Volksklassen in der Steuer ruhigeren Zeiten vorbehalten bleiben müsse.

Es scheint mir recht wichtig, daß Jeder, arm oder reich, es sich vollkommen klar mache, daß bei dem neuen Umschwunge der Dinge es sich zunächst um die Gewinnung und Wahrung geistiger Güter handelt, nicht um die Erlangung und Sicherung pecuniärer Vortheile, und daß der Werth dieser geistigen Güter so groß ist, daß sie auch mit pecuniären Opfern, die in der nächsten Zeit jedenfalls nicht ausbleiben können, nicht zu theuer erkauf werden dürften.

Daß Zeiten eintreten werden, wo an eine Steuererleichterung der ärmern Einwohner gedacht werden kann, bezweifle ich nicht. Daß sie bald eintreten mögen, hoffe und wünsche ich. Daß aber eine gänzliche Steuerfreiheit aller derer, die jetzt 5 *Sgr.* und weniger steuern, jemals eintreten möge, das hoffe und wünsche ich nicht einmal; denn ich bin der Meinung, daß es gar nicht wohlgethan sein würde, irgend Jemanden, der im Stande ist, einen geringen Beitrag zu den Staatslasten zu geben, ganz und gar frei zu lassen, irgend Jemandem die Genugthuung zu nehmen, daß er eben so gut, wie der reichste Einwohner, verhältnißmäßig seinen Beitrag zum gemeinen Besten gebe.

Eben darum aber, weil ich so denke, und weil ich deshalb grundsätzlich es nicht billigen würde, nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in den großen Städten, die ärmsten Einwohner dieser Städte von directen Steuern ganz und gar zu entbinden, auf der andern Seite aber die Schwierigkeit der Heranziehung

derselben zu der geringsten directen Steuer in großen Städten nicht verkenne, eben deshalb halte ich die gänzliche Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer für sehr bedenklich, und eine Herabsetzung derselben dem wohlverstandenen Interesse der großen Städte mehr entsprechend. Ich bin um so mehr dieser Meinung, da ich das gute Vertrauen, welches Herr Dr. Sprengel in die Ehrlichkeit der Steuernden in Beziehung auf die richtige Declaration ihrer Einnahmen setzt, nicht theilen kann, so sehr es mich freuen würde, wenn hierin nicht er, sondern ich irren sollte.

Dabei verkenne ich keineswegs die Uebelstände, welche mit der Mahl- und Schlachtsteuer verbunden sind, und die noch Niemand, namentlich auch in Beziehung auf die Interessen des platten Landes klarer dargelegt hat, als ein hallischer Bürger in einer vor einem Jahre erschienenen kleinen Schrift, und wiederhole hier nur, daß für die Bewohner des Saalkreises ich nichts mehr wünschen kann, als daß die Mahl- und Schlachtsteuer in Halle bald ganz aufhören, und mit ihr die leidige Schranke zwischen Stadt und Land fallen möge.

Halle, am 20. April 1848.

Der Landrath des Saalkreises.  
v. Bassow.

(Eingesandt.)

Ein braunschweigischer Offizier, Herr A. Leichmüller, hat den Vorschlag gemacht, um eine deutsche Kriegsflotte bald möglich zu machen, soll überall in ganz Deutschland eine Subscription eröffnet werden, wobei sich die Subscribenten mit 2 und 1 Groschen pro Woche bethelligen, so daß bei 40 Millionen Deutschen etwa 5 Millionen Einwohner sich bei dieser Subscription bethelligen können. Angenommen, daß 1 Million Einwohner 2 Groschen gäbe, und 4 Mill. 1 Groschen, so würde die Einnahme von einem Jahre schon hinreichen, eine dänische Flotte zu überbieten. — Wir könnten auf diese Weise in wenigen Jahren mehr Kriegsschiffe haben, als unsere Häfen bergen können.

### An die Wähler der Stadt Halle und des Saalkreises.

Es sind mir zur Ausnahme in den Courier mehrere umfangreiche Einsendungen zugegangen, welche den Professor Duncker als Candidaten für die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt den Wählern unserer Stadt und des Saalkreises dringend empfehlen. Mit Freude würde ich dem Wunsche der Einsender nachkommen, hätte sich nicht hier bereits wohl fast allgemein die Ueberzeugung gebildet, unser Duncker sei unbestritten der tüchtigste Mann für den Posten in Frankfurt. Gewiß, wer in so hohem Maße wie Duncker innere politische Durchbildung mit äußerer parlamentarischer Begabung, entschiedenen freisinnigen Grundsätze mit Besonnenheit und Versöhnlichkeit vereinigt, ist vor Allen dazu berufen, bei der Neugestaltung unseres theuren deutschen Vaterlandes ein würdiger und wirksamer Berather und Helfer zu sein. Mehrere unserer Brüder aus dem Saalkreise, welche bei der Sitzung des konstitutionellen Clubs am 22. d. M. als eingeladene Gäste zugegen waren, haben Gelegenheit gehabt, unseren Duncker dort persönlich kennen zu lernen und wir dürfen hoffen, daß der Eindruck, welchen die Erscheinung dieses Ehrenmannes auf sie gemacht, nur ein günstiger gewesen sein werde. Schließlic ergeht an Freund Duncker die Bitte, sich baldigst über sein politischen Ansichten selbst auszusprechen, wozu der Courier ihm mit Freude seine Spalten darbietet.

Halle, den 25. April 1848.

Schwetfke.

## Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

In den städtischen und ländlichen Wahlbezirken des Saalkreises finden am kommenden Montag den 1. Mai d. J. Vormittags um 9 Uhr die Wahlen der Wahlmänner statt, welche demnächst die Deputirten für die zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung und die Deputirten für die deutsche National-Versammlung zu wählen haben.

Da es wünschenswerth ist, daß Niemand behindert sei, an diesen Wahlen Theil zu nehmen, so ersuche ich hierdurch sämtliche Behörden im Saalkreise auf kommenden Montag keine Termine anzusetzen, etwa angelegte Termine aber wieder aufzuheben. Da auch die Herren Beamten bei den Wahlen nicht werden fehlen wollen, so werden alle die, welche einen derselben persönlich zu sprechen wünschen, hierzu eine andere Zeit als den Vormittag des 1. Mai d. J. zu wählen haben, und es gerechtfertigt finden, wenn sie an diesem Vormittage die Geschäftszimmer der Behörden geschlossen finden.

Ebenso ergeht hierdurch meine Bitte an alle Fabrikherrn und andere Personen, welche Arbeiter beschäftigen, Letztere, wo irgend möglich, am Montag Vormittag von ihren gewöhnlichen Geschäften zu dispensiren, desgleichen an die Dienstherrn und Meister, ihre großjährigen Diensthöten und Gesellen, wo möglich von ihren Obliegenheiten während der Wahl zu entbinden, damit sie im Stande sind, ihr Wahlrecht auszuüben.

Das von Sr. Majestät dem Könige unserm Allergnädigsten Herrn allen großjährigen, unbescholtenen Männern huldvoll verliehene Recht, durch Wahl der Wahlmänner mitzuwirken bei der Wahl der Deputirten zu jenen beiden Versammlungen, von deren Beschlüssen die Zukunft Preußens und Deutschlands abhängt, ist ein schönes ehrendes Vorrecht, dessen Feber, dem es verliehen worden, sei er arm oder reich, vornehm oder gering, sich dadurch würdig zu betheiligen hat, daß er von der ihm erteilten Befugniß am 1. Mai d. J. Gebrauch macht.

Ich hoffe deshalb zuversichtlich, daß Jeder, den nicht dringende Abhaltungen verhindern, es als eine Ehrensache betrachten wird, bei den Wahlen zu erscheinen, um sein Wahlrecht auszuüben, und daß auch die sich nicht zurückziehen werden, welche genöthigt sind, einen weiten Weg zum Wahlorte zurückzulegen.

Halle, den 23. April 1848.

Der Landrath des Saalkreises.  
v. Bassewitz.

Die Erhebung des Stättegeldes auf den Wochenmärkten und des Aufzugsgeldes auf den Viehmärkten hieselbst, auf den Zeitraum vom 1. Juli d. J. bis zum 1. Juli 1851, soll einzeln oder zusammen auf den 27. April d. J. Vormittags 11 Uhr auf dem Rathhause an den Meistbietenden verpachtet werden. Die Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen, Nachgebote werden nicht angenommen.

Halle, am 11. April 1848.

Der Magistrat.

Es können sogleich in die Lehre treten zwei junge kräftige Lehrlinge von rechtlichen Eltern, welche Lust haben die Windmüllerprofession zu erlernen bei

Schladebach bei Merseburg u. Hohen.  
Gebr. J. und J. Funke.

Heute Abend 8 Uhr Versammlung der 2. Compagnie im Fürstenthal. Polik.

Ein mit guten Attesten versehener Kutsher findet einen Dienst bei F. W. Pressler, Strohhof Nr. 2102.

500 Thlr. auf gute Hypothek sind auszuliehen Brüderstraße Nr. 222.

Eine Kuh und Kalb ist zu verkaufen in Lettowik Nr. 1.

### Feldschlößchen.

Heute, Mittwoch, Gesellschaftstag.

Einige Wispel schwarzes Roggenmehl à Schffel 22 Sgr. 6 Pf. bei F. Nischke, große Ulrichsstraße Nr. 31.

Heute den 26. April Abends 6 Uhr Versammlung der 6. Compagnie im Schießgraben. Tieftrunk.

Ein Laden zu jedem Geschäft passend, ist nebst Wohnung und großen Räumen zu verpachten.

Halle a/S., gr. Steinstr. Nr. 130.

Einige Wispel gesunde Saamentarsoffeln verkauft der Schenkwrth Krüger in Dammendorf.

Zehn Stück Mutterschafe mit Lämmern sind zu verkaufen bei Venne in Trotha.

Die Aufnahme der Schüler auf der Fortbildungsschule zu Dues, für das Sommerhalbjahr 1848, findet statt:

Sonntag, den 30. April.

L. Hildenhagen.

Eine Schmiede ist jetzt oder zu Johannis kleiner Berlin Nr. 414 zu verpachten; das Handwerkszeug dazu kann käuflich übernommen werden.

Die Meldungen neuer Schüler für die Lateinische Hauptschule anzunehmen, werde ich an den Vormittagen des 26.—28. April bereit sein; die Prüfung derselben wird Sonnabend den 29. April früh um 8 Uhr veranstaltet. Die Eröffnung des Sommerhalbjahrs erfolgt am 1. Mai.

Dr. Fr. A. Eckstein.

Gegen vierfache Hypothek suche ich 15.000 Rthl., die in Theilen von 3000, 4000 und 5000 Rthl. auch passen.

J. G. Mann.

Für die neue Berliner Hagel-Assuranz nehmen auch in diesem Jahre Versicherungen an

Finger & Comp.  
in Wettin.

Für die deutsche Hagelversicherungs-Gesellschaft für Gärtnereien in Berlin nehmen Versicherungen an

Finger & Comp.

### Theater-Anzeige.

Einem hochgeehrtem Publikum erlaube ich mir hierdurch ergebenst anzuzetgen, daß ich von Herrn Heise das hiesige Sommer-Theater pachtweise übernommen habe und die Vorstellungen Mitte Mai beginnen werden. Ich werde Alles aufbieten, um den an eine gute Bühne zu machenden Ansprüchen zu genügen, so wie die Zufriedenheit und das Wohlwollen der verehrten Theaterfreunde zu erwerben.

R. Wirsing,

Director des Stadt-Theaters zu Magdeburg.

## Familien-Nachrichten.

### Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich nur auf diesem Wege allen Verwandten und Freunden

Wilhelmine Nagel,  
Julius Schmidt.

Bernburg u. Halle, d. 24. April 1848.

### Verlobungs-Anzeige.

Als Verlobte empfehlen sich

Mathilde Ditz,  
Friedrich Schiffmann.

Halle u. Eisleben, d. 23. April 1848.

### Verlobungs-Anzeige.

Unsere am 24. d. M. vollzogene eheliche Verbindung machen wir hiermit unseren Verwandten und Freunden ergebenst bekannt, und empfehlen uns ihrem gütigen Wohlwollen.

Halle, den 24. April 1848.

Julius Kellner, Seilermeister.  
Emilie Kellner geb. Wegner.



### Bekanntmachungen.

Nachverzeichnete Briefe sind an die be-  
signirten Empfänger nicht zu bestellen gewe-  
sen und deshalb zurückgeschickt worden. Die  
Absender werden zur schleunigen Abholung  
und Auslösung hiermit aufgefordert.

- 1) An Hrn. Künne in Potsdam. 2) An Hrn. Tresse in Leipzig. 3) An Hrn. Studiosus Alt dahin. 4) An Wilhelmine Weichmann dahin. 5) An den Schornsteinfegergesellen Wolff in Ros-  
sen. 6) An Hrn. Hauptmann in Grim-  
ma in der Gölzermühle. 7) An Hrn. v. d.  
Crone in Eilenburg. 8) An Hrn.  
Zillich in Camminchen. 9) An Hrn.  
Steinert in Wernigerode. 10) An  
Wilhelmine Herbst in Herbst. 11)  
An Frau Regierungsräthin Wagelt in  
Marienwerder. 12) An die Herren  
Gebrüder Zink in Magdeburg. 13)  
An den Bauer Gertner in Reinswalde.  
14) An Hrn. Kempf in Gotha. 15) An  
Hrn. Dr. Hans Locher in Berlin mit  
6 Stück Napoleons'dor. 16) An die Zinn-  
gießer-Herberge dahin. 17) An Herrn  
Fouster dahin. 18) An Auguste  
Teichmann in Berlin nebst 1 Kiste  
A. S. sign. 12 H 20 Lth. 19) An den  
Muskettier Beinert in Wallendas.  
Halle, den 22. April 1848.

Königl. Ober-Post-Amt.  
Göschel.

Folgende Dokumente, als:

- 1) die gerichtliche Pfandverschreibung des  
Majors Simon Moriz Louis von  
Werder zu Merseburg, d. d. Halle  
den 20. März 1834 und ausgefertigt  
den 23. desselben Monats und Jahres  
über 4920 R<sup>th</sup> Gold, Lehnsstamm, für  
die lehnsfähige Descendenz des Majors  
von Werder, eingetragen auf dem  
Rittergute Sagisdorf Nr. 79 des Hy-  
pothekenbuchs zu Reideburg, zufolge  
Verfügung vom 23. März 1824 nebst  
Hypothekenschein von demselben Tage;
- 2) der Erbvergleich über den Nachlaß des  
Tuchmachermeisters Christian Gott-  
lob Ehrhardt, d. d. Halle den 27.  
und ausgefertigt den 28. Juli 1827 als  
Document über 150 R<sup>th</sup> von der Wittwe  
Ehrhardt, geb. Dille, zu gewähren-  
des väterliches Erbtheil des August  
Friedrich Christian Ehrhardt,  
eingetragen auf dem Hause Halle  
Nr. 29, zufolge Verfügung vom 25. No-  
vember 1828 nebst Hypothekenschein von  
demselben Tage;
- 3) der Erbceß vom 8. December 1828,  
resp. 14. März 1829 und ausgefertigt  
den 31. März 1829 über 248 R<sup>th</sup> 15 S<sup>gr</sup>  
von Johann Andreas Hoffmann  
zu Diemitz zu gewährendes elterliches

Erbtheil der Marie Rosine Hoff-  
mann, 248 R<sup>th</sup> 15 S<sup>gr</sup> dergleichen der  
Marie Caroline Hoffmann, und  
248 R<sup>th</sup> 15 S<sup>gr</sup> dergleichen des Johann  
Gottfried Salomon Hoffmann,  
und sonstige Befugnisse derselben, einge-  
tragen auf dem Grundstücke Diemitz  
Nr. 41 ex decreto vom 16. Februar  
1830 nebst Hypothekenschein von dem-  
selben Tage und Prioritäts-Erinnerungs-  
Urkunde des Auszügers Andreas Köcke  
zu Diemitz vom 8. December 1828  
und ausgefertigt den 5. Januar 1830;

- 4) der Erbceß vom 20. Mai 1817 als  
Document über 4 R<sup>th</sup> der Geschwister  
Rosine Charlotte und Heinrich  
Wilhelm Eduard Richter zu Hal-  
le, von ihrem Vater, dem Milchhänd-  
ler Johann Gottlieb Richter hier,  
zu gewährendes mütterliches Erbtheil,  
eingetragen auf dem Hause Halle Nr.  
137 ex decreto vom 5. Februar 1819,  
so wie
- 5) der Erbceß vom 12. und ausgefertigt  
den 15. September 1823 als Document  
über 10 R<sup>th</sup> der Geschwister Dorothea  
Friederike Auguste und Doro-  
thea Henriette Richter, von ihrem  
Vater, dem Tuchmacher Johann Gott-  
lieb Richter, zu gewährendes mütter-  
liches Erbtheil, eingetragen auf dem Hause

Halle Nr. 137 ex decreto vom 14.  
November 1823 nebst Hypothekenschein  
von demselben Tage,  
sind verloren gegangen, und es ist auf de-  
ren Amortisation von den Interessenten ange-  
tragen worden. Es werden daher alle Die-  
jenigen, welche an den gedachten Forderun-  
gen, resp. Documenten als Eigenthümer,  
Cessionare, Pfandgläubiger oder sonstige  
Briefs-Inhaber Ansprüche zu haben ver-  
meinen, hierdurch vorgeladen, im Termine  
den 25. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr  
vor dem Deputirten, Herrn Land- und  
Stadtgerichtsrathe Langerhanns, an Ge-  
richtsstelle hier selbst, im Zimmer Nr. 6  
persönlich, oder durch gehörig legitimirte  
Bevollmächtigte, wozu ihnen bei etwaniger  
Unbekanntschaft die Herren Justiz-Commis-  
sarien, Justizrath Quinque, Riemer  
und Fritsch in Vorschlag gebracht wer-  
den, zu erscheinen, und ihre Ansprüche gel-  
tend zu machen, widrigenfalls die Ausblei-  
benden mit ihren etwaigen Ansprüchen prä-  
cludirt, und die vorgedachten Documente  
werden amortisirt werden.

Halle a/S., den 3. Februar 1848.  
Königl. Preuß. Land- u. Stadt-  
gericht.

Der erste Proceß-Richter  
Langerhanns,  
Land- und Stadtgerichts-Rath.

### Warnung an alle Urwähler.

Der König will die reine, die ungetrübte Stimme seines Volkes anhören. Darum  
hat er bei der Wahl der Abgeordneten in den neuen Landtag die freie, geheime Ab-  
stimmung durch Stimmzettel anbefohlen. Aber der Abgeordnete wird nicht unmit-  
telbar, sondern erst durch Wahlmänner gewählt. Daher kommt es leblichst darauf  
an, daß jeder Wahlbezirk am 1. Mai die richtigen Wahlmänner aussucht.  
Wer es also mit seinem Könige redlich meint und es besser haben will, wie es  
gewesen ist, der beehrzige folgende Winke:

- 1) Alle Männer eines Wahlbezirks müssen sofort zusammentreten und sich vor dem  
1. Mai über den aus ihrer Mitte zu wählenden Wahlmann verständigen.
- 2) Sie dürfen dazu keinen Finstelning, sondern einen redlichen und nicht käuflichen,  
schlichten Bürgers- oder Bauersmann aus ihrer Mitte aussuchen; um Gottes  
Willen aber nicht den Wahlcommissarius oder den dieser etwa vorschlägt oder  
andeutet.
- 3) Es bleibe keiner am 1. Mai beim Wahltermin aus, denn wer nicht da ist,  
dessen Stimme kann der König nicht hören.
- 4) Endlich übe sich ein Jeder vorher im Schreiben des Namens desjenigen, den er  
zum Wahlmann haben will und daher auf den Stimmzettel schreiben muß.  
Denn wer den Namen nicht deutlich und verständlich, oder wer zwei Namen  
auf einen Zettel schreibt, der verliert sein Stimmrecht, weil der Zettel nichts  
gilt.

### Aufruf an Deutschlands heldenmüthige Söhne.

Auf der Wahlstatt bei der Bergsenke bei Wegwitz wird Sonntag den 30. d. M.  
die erste Schlacht gegen die Verbündeten, Russen, Dänen, Diplomaten, Schweden,  
Baskiren, Aristokraten, Kalmücken, Mystiker und Fanatiker, — geliefert werden.  
Um nun unsere Feinde im offenen Felde aufs Haupt zu schlagen, rufe ich alle waffen-  
fähigen deutschen Brüder auf, Theil zu nehmen an diesem Befreiungskampfe. An-  
griff Nachmittags 3 Uhr mit gezogenen Büchsen. Feldgeschrei: Entflammt von Wuth,  
Nieder mit der Höllebrut! —  
A. T. Eisler.

Von unsern mouffirenden Weinen, künstlichen Mineral-Wassern und Limonaden gaben wir den Herren **Mesmer & Timmler** in Halle ein Commissions-Lager, was wir hiermit anzeigen.  
 Magdeburg, den 25. März 1848. **Ernst Meyer & Comp.**

Bezug nehmend auf Vorstehendes empfehlen wir:

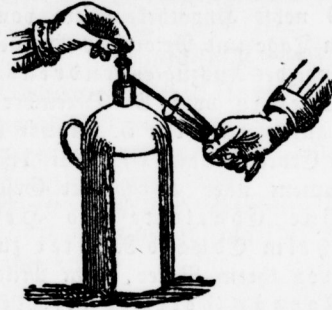
**Mouffirende Weine** (incl. der Champagner-Flasche).

Aroma=Apfelsin, die Flasche 18 1/2 Sgr; Apfel, Brombeer, Blaubeer, Erdbeer, Himbeer, roth und weiß Johannisbeer, Kirschen, Maitrank, Drangen und Stachelbeer, die Flasche 16 Sgr; mouffirenden Rheinwein, die Flasche 21 Sgr.

**Mouffirende Limonaden und künstliche Mineral-Wässer**

incl. der Champagner-Flasche:

Bischof-Limonade . . . . .	8 Sgr
Citronen-Limonade . . . . .	8 Sgr
Kohlensaures Bitter-Wasser . . . . .	5 1/2 Sgr
Selter-Wasser . . . . .	5 1/2 Sgr
Soda-Wasser in Original-Flaschen	3 1/2 Sgr



excl. der Saug-Flasche, bei 22 1/2 Sgr Pfand pro Flasche:

Bischof-Limonade . . . . .	5 1/2 Sgr
Citronen-Limonade . . . . .	5 1/2 Sgr
Kohlensaures Bitter-Wasser . . . . .	3 1/2 Sgr
Selter-Wasser . . . . .	3 1/2 Sgr
Soda-Wasser . . . . .	4 Sgr

mouffirendes Zucker-Wasser, in Champagner-Flaschen,	6 1/2 Sgr
do. do. in Saug-Flaschen,	4 1/2 Sgr
mouffirender Ananas-Punsch, die Champagner-Flasche	16 Sgr
do. Citronen-Punsch,	11 Sgr

**Mesmer & Timmler**, am alten Markt.

**Die auf Gegenseitigkeit gegründete Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft zu Erfurt**

hat sich im verwichenen dritten Geschäftsjahre um 2478 größtentheils 5jährige Mitglieder vermehrt, und für 8,251,220 Rthl Feld- und Gartenfrüchte — 5,535,070 Rthl mehr als im verwichenen Jahre — versichert. Ungeachtet der sehr niedrigen Prämie ist die Gesellschaft so glücklich, bei einer Entschädigung von 45,987 Rthl, welche sie an 327 vom Hagelschlage betroffene Mitglieder geleistet hat und nach Vergrößerung des Reservefonds noch eine Dividende von 8 pCt. gewähren zu können, während manche andre Gesellschaft bedeutende Nachschüsse einfordern mußte.

Die Möglichkeit:

**Der Versicherung in kürzester Frist**

kommen insbesondere den hier versichernden Mitgliedern zu gute.

Der unterzeichnete Agent ist gern bereit nähere Auskunft zu ertheilen, und die Statuten der Gesellschaft abzugeben. Auch sind die Dividenden-Scheine für die fünfjährigen und die Schlussrechnungen für die sämmtlichen Mitglieder eingegangen, und können bei dem unterzeichneten Agenten unentgeltlich abgefordert werden.

Naumburg, den 15. April 1848.

**Rudolph Bieler**, Agent.

**Hagel-Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt.**

Die unterzeichnete General-Agentur, wie die Agenten

- Herr **G. H. Schulze** in Delitzsch,
- = **C. F. Glitsch** in Düben,
- = **Ludw. Mell** in Eilenburg,
- = **C. A. Matthesius** Wwe. in Herzberg,
- = **J. L. Walther** in Torgau,

sind zur Annahme von Versicherungs-Anträgen bereit.

Diese Gesellschaft hatte im Jahre

1845	902	Mitglieder mit	1,169,360 Rthl	Versicherung,
1846	2413	"	2,716,150	"
1847	4891	"	8,251,220	"

und zahlte im Jahre 1846 66 pCt. und 1847 8 pCt. Dividende zurück.

Halle, den 10. April 1848.

**W. Kersten & Comp.**

Auf dem Rittergute Teutschenthal stehen 1 Paar egale braune Kutschpferde, 6- und 8jährig, fehlerfrei, 1 fünfjähriger brauner fehlerfreier Wallach, 1 eleganter Reisewagen, 1 halbverdeckte Chaise — beide Braunschweiger Fabrik — zu verkaufen.

**Pferde- u. Wagen-Auction.**

Sonnabend den 29. d. M. Vormittags 9 Uhr sollen im Gehöfte des Herrn Amtmann Heine, Obersteinthor hier, 3 starke Ackerpferde, 50 Stück dauerhaft gearbeitete Küppkarrn mit eisernen Achsen und Buren, Räder, Eisenzeug, Kummte u. dergl. m. meistbietend verkauft werden. Brandt.

**Auction.**

Freitag den 28. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr sollen gr. Ulrichsstraße Nr. 20 sehr gut gehaltene, hellpolirte birkenne Meubles, als: Secretair, Sopha, Spiegel, Tische, Rohrstühle, Kommode, Wäschkoffer, 1- und 2thürige Kleiderschränke, Stehpulte, Koffer, silberne Uhren, sehr gute Federbetten, dgl. feine Herrentuchaschen, 72 Tischtücher, Bettwäsche u. dgl. m. meistbietend verkauft werden. Brandt.

Bei meinem Abgange von Dürrenberg beehre ich mich hierdurch allen Freunden, Arbeitern und Bekannten ein herzliches Lebewohl zu sagen, mit der gleichzeitigen Bitte, mir auch in der Ferne ein Plätzchen in ihren Herzen zu bewahren.

**Kästner**,  
Königl. Bau-Ausscher.

## An die Urwähler von Halle.

Es hat sich in der öffentlichen Besprechung der Wahlangelegenheit für Frankfurt und Berlin herausgestellt, daß jede Partei, jeder Stand, jedes Gewerbe, jeder Beruf die Abgeordneten und deshalb die Wahlmänner aus sich zu wählen gesonnen scheint. Denn Jeder ist der Ansicht, von seines Gleichen am Besten vertreten zu werden. Diese Ansicht ist selbstsüchtig. In Frankfurt und Berlin handelt es sich nicht um Sonderinteressen der Parteien und Stände, vielmehr um die Sache Aller, um das Wohl unseres gemeinsamen deutschen und unseres preussischen Vaterlandes. Wir müssen daher unsre Sonderinteressen auf dem Altare des Vaterlandes opfern und diejenigen Männer zu Wahlmännern wählen, von denen wir sicher sind, daß sie solche Abgeordnete entsenden, welche für Volk und Vaterland ein großes, edles Herz und für die Begründung des allgemeinen Besten einen tüchtigen, umsichtigen Verstand haben. Professor **Duncker** und **Wislicenus**, beide nicht von heute und gestern, sondern erprobt unter dem Drucke der alten Zeit, beide in Gesinnungstüchtigkeit, in Kenntniß des Volkes und seiner Bedürfnisse Niemandem, in der freien Rede nur Wenigen von Halle nachstehend, sind zwei solche Männer: **Duncker** für Berlin, **Wislicenus** für Frankfurt. Ersterer wird bei dem Aufbau unserer konstitutionellen Verfassung bessere Dienste leisten können, als irgend Einer der Hallenser. Letzterer wird das deutsche Volk bewahren helfen vor dem Kaiserthume und der Oberherrschaft eines der Bundesstaaten oder, was dasselbe besagen will, vor dem Bürgerkriege, vor dem Abfalle Oesterreichs von dem deutschen Bunde, vor dem Bruche zwischen Süd- und Norddeutschland, er wird seine Stimme für eine Bundes-Verfassung und Verwaltung abgeben, welche „die Einheit Deutschlands in der Vielheit“ möglich macht. Urwähler, sehen wir uns diese beiden Männer vorurtheilsfrei an, vorurtheilsfrei besonders **Wislicenus**!

Halle, den 23. April 1848.

**Moriz Sernau.**

## Deutscher Kaiser, Republik oder allgemeine deutsche Oberbehörde?

Bei dem Streit über diese Fragen ist es nothwendig, daß man sich die Gründe für und wider klar macht, um darnach entscheiden zu können, was für unsere jetzigen Verhältnisse das Geeignete ist. Der hiesige Volksverein hatte zum Theil die Absicht, sich hierüber auszusprechen und zu berathen.

Man legt demselben aber absichtlich falsche Tendenzen unter, und haben sich sogar viele Leute, von denen man solche Unbesonnenheiten nicht erwarten sollte, alle Mühe gegeben, diesen Volksverein, dem einige Mitglieder der freien Gemeinde sich angeschlossen haben, auf das Aeußerste zu verdächtigen.

Ich will es versuchen, meine Ansicht über das auszusprechen, was nach meinem Dafürhalten wohl die Mehrzahl der Mitglieder des Volksvereins über obige drei Wege denkt:

1) Soll ein deutscher Kaiser gemacht werden, so wird mindestens jedes größere Reich seinen Regenten dazu ernannt wissen, mithin z. B. Oesterreich seinem Kaiser die Krone aufsetzen wollen. Dagegen werden wir und viele andere Länder protestiren, und wir verlangen, unser König solle Reichsoberhaupt werden, was wieder die südlichen Länder nicht acceptiren u. s. w.

Dadurch würde großer Streit entstehen, und das Gelindeste eine Zerspaltung in Süd- und Norddeutschland werden, und nicht ein einiges Deutschland, was wir doch wünschen, sich begründen.

2) Sollte eine deutsche Republik proklamirt und eingerichtet werden, so müßten sämtliche Regenten vom Throne steigen, was noch größere Uneinigkeit und furchtbares Blutvergießen herbeiführen würde, um so mehr als wir für eine solche Einrichtung noch ganz im Dunkeln tappen. Das Mindeste würde also wiederum Zersplitterung sein, fortgesetzte Befehdungen und Bürgerkriege.

Dies kann nicht im Sinne guter Menschen liegen, und man thut Unrecht, ohne irgend einen Grund dem Volksverein republikanische Tendenzen zum Grunde zu legen.

3) Eine allgemeine deutsche Oberbehörde, hervorgegangen aus dem sich jetzt versammelnden deutschen Parlament in Frankfurt, und dort seinen Sitz nehmend. So viel mir bekannt ist, stimmt die Mehrzahl der Mitglieder des Volksvereins hiefür, es dürfte dies auch das Vernünftigste sein, und würde die allgemeinen Volksinteressen am ehesten befriedigen. Gegenwärtig ist der deutsche Bund in Frankfurt dies Organ. Allein dieses Institut ist hervorgegangen aus dem Willen der Fürsten, und hat bis jetzt auch nur deren Stimme gehört, nicht aber auf die der Völker geachtet.

Das deutsche Parlament geht jetzt aus dem Willen des Volks hervor. Ein Ausschuss desselben, der nun die stehende Behörde in Frankfurt bilden würde, sollte also die Volksinteressen wahren.

Den Beschlüssen dieser Behörde müssten sich alle Regenten in so weit fügen, als solche auf die allgemeinen und nationalen Volksrechte und Ansprüche Beziehung hätten. Diese Behörde wäre zugleich darüber oberster Richter und selbst die höchsten Herren müssten die Erkenntnisse des obersten Gerichtshofs als gültige Urtheile über sich ergehen lassen.

Zum Schutze der Verfügungen seiner höchsten Behörde wird dann jeden Augenblick das gesammte deutsche Volk bereit sein, da es in ihm nur seinen eigenen Willen erkennen kann.

Den einzelnen Staaten bleibt es überlassen, sich die speziellen Verfassungen für ihre Bedürfnisse und Verhältnisse, abweichend oder mit Andern übereinstimmend geben zu können, und dürfen darin keine Vorschriften im Allgemeinen gemacht werden.

Ich glaube, daß die Mehrzahl der Mitglieder des Volksvereins diese Ansicht hat, der ich mich selbst anschließe, indem ich überzeugt bin, daß durch diese Einrichtung allein in sämtlichen deutschen Landen der Friede erhalten und den Ansprüchen Aller genügt werden kann und wird.

Es wäre doch wohl gut auf diesem Wege eine ruhige und speziellere Beleuchtung zu versuchen, und möchte ich daher hauptsächlich Herrn Wislicenus bitten, sich hierüber schleunigst ganz speziell auszusprechen, da er sowohl die nöthigen historischen Kenntnisse besitzt, es auch seit lange seine Arbeit war, die jetzigen Volksinteressen und Bedürfnisse zu untersuchen und zu beleuchten.

Ich hoffe, daß mindestens meine Absicht nicht verkannt werde, und daß wenigstens ein Theil unserer Mitbürger meinen guten Willen in Schutz nehmen wird.

Halle.

G. Rawald.

---

Gebauer'sche Buchdruckerei.



## An die Bewohner der Stadt Halle und des Saalkreises.

In Folge mehrfacher Aufforderungen halte ich es für Pflicht, auch meine politische Ueberzeugung öffentlich auszusprechen, und meine Bereitwilligkeit zu erklären, dieselbe auf einer der bevorstehenden constituirenden Versammlungen in Frankfurt und Berlin zu vertreten.

Was zuvörderst die Hauptfrage, die allgemeine deutsche Verfassung betrifft, so meine ich, daß eine festere Einheit Deutschlands geschaffen werden, daß aber auch die einzelnen Theile desselben ihr besonderes Staatsleben behalten müssen. Also nicht Aufhebung der einzelnen Staaten, aber über denselben eine kräftige Bundesregierung. Den einzelnen Staaten stehe es frei, ihre Regierung zu ordnen wie sie wollen, den kleinen sich mit einander oder mit größern zu verschmelzen, den Provinzen der großen sich zu besondern Staaten zu gestalten, wie sie es ihrem Wohle angemessen erachten. Daß man durch einen allgemeinen Beschluß die deutschen Fürsten beseitige und nur Einen von ihnen zum Kaiser mache, halte ich für unthunlich und für unzweckmäßig. Ebenso für unthunlich und unzweckmäßig halte ich es aber auch, wenn man über die einzelnen Regierungen Deutschlands einen Kaiser setzen will, der erst gemacht werden müßte. Man hört es schon, was vor auszusehen war, daß die Preußen ihren König, die Oestreicher ihren Kaiser, die süddeutschen Staaten keinen von beiden zum deutschen Kaiser haben wollen, und ich halte es für ausgemacht, daß ein deutsches Kaiserthum einen Riß in die beabsichtigte deutsche Einheit bringen müßte. Ich halte für den besten, ja den einzigen Weg, daß das künftige deutsche Par-

lament, die Versammlung der Abgeordneten ganz Deutschlands, einen Präsidenten an die Spitze des Bundes stelle, zu welchem jeder befähigte Mann gewählt werden kann. Nur darf es, eben der Eifersucht der einzelnen Staaten wegen, kein regierender Fürst sein. Man meine nicht, daß bei einer solchen Präsidenten-Wahl auch Eifersucht der einzelnen Staaten eintreten werde; der regierende Fürst repräsentirt seinen Staat, der einzelne Mitbürger aber nicht, und man würde bei einem Präsidenten kaum darnach fragen, aus welchem Staate er sei, auch es oft kaum bestimmen können. Man wende auch nicht ein, daß ein solcher Präsident kein Ansehn haben werde. Wenn ihn das deutsche Volk wählt und wenn, wie natürlich, es nur ein deutsches Heer giebt und dieses unter seinem Befehle steht, so wird ihm Ansehn und Nachdruck nicht fehlen. Ohne das Heer würde auch ein Kaiser, und zwar weit mehr als ein Präsident, bloßer Schattenkaiser sein. Der bisherige Bundestag besteht nur aus Gesandten der deutschen Regierungen. Machen wir daraus Gesandte des deutschen Volks, Volksvertreter, und setzen diese einen Präsidenten mit wirklicher ausübender Gewalt, verantwortlich, beschränkt durch die Geseze und die große Nationalvertretung, mit Ministern und sonstigen nothwendigen Beamten umgeben. Dieser deutschen Regierung stehe dann die Verwaltung aller allgemeinen Angelegenheiten zu, insbesondere das ganze Verhältniß zum Auslande in Krieg und Frieden, während den einzelnen Staaten für ihre besondern Angelegenheiten freier Spielraum bleibe. Was Preußen insbesondre betrifft, so ordne

es sich dem vereinigten Deutschland ein wie die andern Staaten. Es empfangen eine gesetzgebende Volksvertretung in Einer Kammer mit entscheidender Stimme, und die Regierung, der König mit verantwortlichen Ministern, sei ausführende Behörde.

Als allgemeine Forderungen der Zeit erscheinen mir eine vereinfachte und wohlfeilere Regierung; jedem das Seine, aber nicht mehr, und weg mit dem Wahne, daß zum Ansehn einer Regierung Pracht und Verschwendung gehöre. Das ist in despotischen Staaten vielleicht wahr, aber nicht in freien. Oben Millionen und unten Hunger, das ist wider alle Vernunft und Gerechtigkeit.

Dann bedeutende Verminderung des stehenden Heeres bis auf den nothwendigen Stamm, und allgemeine Volksbewaffnung, zu welcher schon auf den Turnplätzen durch Uebung der Jugend der Grund gelegt werden kann.

Verminderung der Abgaben und Vereinfachung derselben. Bloss eine Vermögens- und Einkommensteuer, bei welcher der Vermögende höher, der Armere möglichst gering angezogen werde.

Allgemeine Schule für alle Kinder bis zu einem gewissen Alter, damit der Nothet gesteuert werde und jedes die nöthige Bildung erhalte, um sich künftig rechtschaffen fortzuhelfen.

Aufhebung des Adels, der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit und Polizei, des Patronates und anderer adliger und ritterschaftlicher Vorrechte, ingleichen des erimirten Gerichtsstandes, so wie mindestens Herabsetzung der Ablösungssätze.

Recht der Gemeinden, ihre kirchlichen Angelegenheiten selbst zu ordnen, und mindestens entscheidender Einfluß derselben auf die Wahl der Pfarrer und Lehrer.

Geschwornengerichte mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit und Schutz gegen polizeiliche Willkür.

Künftig directe Wahlen der Volksvertreter, so daß jeder dem Manne, zu dem er Vertrauen hat, seine Stimme selbst geben kann, ohne Dazwischenkunft von Wahlmännern.

Hebung der Arbeit und der Gewerbe durch Wegräumung aller dem Aufschwunge derselben im Wege stehenden unnatürlichen Hindernisse, namentlich im Zoll- und Steuerwesen.

In diesem Sinne bin ich erbötig, auf einer der genannten Versammlungen in Frankfurt oder Berlin zu wirken, wenn meine Mitbürger mich damit zu beauftragen für gut finden sollten.

Halle, den 26. April 1848.

**G. A. Wislicenus.**

Buchdruckerei von D. Hendel.